

## **Resolution Kuriensitzung angestellte Ärzte vom 8. Juni 2022**

Die Situation in der Akutversorgung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in den WiGeV - Spitälern ist mehr als besorgniserregend. Dies wurde auch bereits medial berichtet. Es ist davon auszugehen, dass die Versorgung in Wien durch die jahrelangen Versäumnisse de facto vor dem Zusammenbruch steht. Grund dafür sind gleichermaßen der Mangel an Fachärzt\*innen für Kinder- und Jugendpsychiatrie wie auch der entsprechenden Pflegefachkräfte in den Abteilungen. Obwohl ausreichend Kolleg\*innen ausgebildet werden und motiviert sind, Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen im Spital zu behandeln, schaffen es WiGeV und Stadt Wien nicht, die Kolleg\*innen durch attraktive Rahmenbedingungen zu binden. Im Gegenteil: Der anhaltende Exodus gut ausgebildeter Fachärzt\*innen, sowie Ärzt\*innen in Ausbildung verschärft die Notsituation kontinuierlich.

Vor diesem Hintergrund haben Kolleg\*innen der Kurienführung berichtet, dass es Bestrebungen gibt, Fachärzt\*innen für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin im WiGeV im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie einzusetzen.

Dies würde dazu führen, dass Fachärzt\*innen für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin OHNE dem Additivfach Kinder- und Jugendneuropsychiatrie gemäß ÄAO 2006 und Fachärzt\*innen für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin gemäß ÄAO 2015 entgegen den ärztrechtlichen Vorgaben und ohne entsprechende Ausbildung Kinder und Jugendliche mit schweren psychischen Erkrankungen behandeln müssten. Darüber hinaus würde dieser ärztrechtswidrige Einsatz von Kolleg\*innen auch die bereits prekäre Versorgung in der Erwachsenenpsychiatrie zusätzlich an den Rand der Belastungs- und Kapazitätsgrenzen bringen.

Dies wird von Seiten der Kurie angestellte Ärzte der Ärztekammer für Wien entschieden abgelehnt.

Weiters werden Kolleg\*innen welche zwar über das entsprechende Additivfach verfügen, aber seit Jahren nicht auf einer Kinder- und Jugendpsychiatrie tätig waren, unter Druck gesetzt einer Versetzung auf die Kinderpsychiatrie zuzustimmen, bzw. wird mit einer zwangsweisen Versetzung gedroht.

Auch dies wird von Seiten der Kurie angestellte Ärzte der Ärztekammer für entschieden abgelehnt.

Die Kurie angestellte Ärzte bekennt sich zur Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung in Wien. Wir sind allerdings der festen Überzeugung, dass das zwangsweise heranziehen nicht qualifizierter Kolleg\*innen oder von Kolleg\*innen, die in diesem Bereich nicht tätig sein wollen, dafür kontraproduktiv ist.

Die löbliche Kurie möge deshalb folgende Beschlüsse fassen:

- Start einer breiten Informationsoffensive für die angestellten Fachärzt\*innen für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin sowie Fachärztinnen für Neurologie und Kinderheilkunde, die über das Additivfach Kinder- und Jugendneuropsychiatrie

verfügen, aber nicht auf einer Kinder- und Jugendpsychiatrie arbeiten wollen. Ziel der Informationsoffensive ist eine breitflächige Aufklärung über die rechtlichen Möglichkeiten, sich gegen eine zwangsweise Dienstzuteilung in die Kinder- und Jugendpsychiatrie zu wehren.

- Übernahme des daraus entstehenden Rechtsschutzes der betroffenen Kolleg\*innen im Rahmen der Rechtsschutzrichtlinie der Kurie angestellte Ärzte.
- Angebot von Gesprächen mit dem WiGeV, dem PSD, der Stadt Wien um die Situation der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung kurz-, mittel- und langfristig sicherzustellen.